



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER FEBRUAR 2022

BERND RÜTZEL
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis Main-Spessart / Miltenberg
Betreuungswahlkreis Aschaffenburg /
Aschaffenburg-Land

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstr. 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

nachdem der Dezember ganz im Zeichen der Regierungsbildung stand, wurde im Januar deutlich, wohin das gemeinsame Regierungshandeln geht. In einer Generaldebatte im Deutschen Bundestag haben die Ministerinnen und Minister ihre Pläne für die nächsten vier Jahre im Parlament vorgestellt. Viele Arbeitsgruppen hatten im Januar ihre Klausurtagungen, um die Inhalte des Koalitionsvertrages zu priorisieren und eine Vorhabenplanung zu erarbeiten.

Der Entscheidungsprozess über eine gesetzliche Regelung der Impfpflicht hat mit einer Orientierungsdebatte im Bundestag begonnen. Die Entscheidung ist keine Frage von Parteien oder Fraktionen. Es ist eine ethische und ganz persönliche Entscheidung, die sich wohl niemand einfach machen wird. Deshalb werden Gruppenanträge eingereicht, die es zu entscheiden gilt.

Am 13. Februar wählt die Bundesversammlung den Bundespräsidenten. Frank-Walter Steinmeier ist ein guter Bundespräsident und ich freue mich darauf, ihn für weitere fünf Jahre ins Schloss Bellevue wählen zu dürfen. Unser Staatsoberhaupt ist aber kein Schlossherr, sondern bei den Menschen unterwegs. Das war es wohl auch, was neben der FDP, den Bündnis90/Grünen und natürlich der SPD, auch die CDU/CSU bewegt hat, für Frank-Walter Steinmeier stimmen zu wollen. Das hat mich sehr gefreut.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr/Euer



3 Arbeitsschutz in der
Fleischindustrie



4 Vorsitz des Ausschusses
„Arbeit und Soziales“



6 ÖPNV im
Sinngrund



7 Ehrenring für
Irmgard Pröschl

KLARTEXT IMPFFEN SCHÜTZT - DEMOKRATIE AUCH



„Impfen schützt - Demokratie auch“, das hatte ich im Bundestagswahlkampf auf Werbemittel gedruckt. Ich erinnere mich wieder daran, weil ich in den letzten Wochen sehr viele E-Mails, Anrufe, Briefe

und Begegnungen zur Coronasituation hatte. Die Meinungsvielfalt von Impfbefürwortern, Impfgegnern, Menschen, die einfach Angst haben, Menschen, die es bisher einfach verbummelt haben bis zu Verschwörungstheoretikern geht durch die Gesellschaft und durch Familien. 72,8 % haben sich doppelt impfen lassen und werden sich voraussichtlich auch boostern lassen. Ich werde gefragt, ob es bei drei Impfungen bleibt oder vielleicht eine vierte notwendig wird. Ausschließen kann ich das zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Auch bei der Gripeschutzimpfung gibt es jährliche Updates. Eines ist klar: Die Wissenschaft hat sehr gute und genau Erkenntnisse, die immer wieder geprüft und aktualisiert werden. Der Impfstoff wurde sehr schnell zur Verfügung gestellt. Aber auch die Wissenschaft kann

heute noch nicht mit Gewissheit sagen, wann die nächste Welle kommt, welche Mutationen es geben wird, wann und wie oft nachgeimpft werden muss. Diese Erkenntnisoffenheit beruhigt mich, statt mich zu verunsichern.

Es ist aber eine Gefahr für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie, wenn durch Lügen und Falschaussagen gemeinsame Wissensgrundlagen infrage gestellt werden. Das hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun, das ist ganz wichtig. Jede Person hat das Recht auf ihre eigene Meinung, aber eben nicht auf ihre eigenen Fakten. Lassen Sie sich impfen, lassen sie sich boostern! Wir müssen diese Pandemie doch irgendwie loswerden. Krankenhäuser sollen nicht länger von Covid-PatientInnen verstopft werden, sondern genug Kapazität haben, wenn sich Menschen operieren lassen müssen oder einen Herzinfarkt oder Schlaganfall erleiden.

Impfen schützt - Demokratie auch. Und wer mit Nazis spazieren geht, ist kein Spaziergänger, sondern ein Mitläufer.

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE: ÄNDERUNGEN IM JAHR 2022



Mindestlohn, Renten und Steuerfreibetrag steigen, Verträge im Internet können leichter gekündigt werden und die digitale Krankschreibung kommt - im Jahr 2022 treten viele neue Regelungen in Kraft. Das Wesentliche im Überblick:

- Der Mindestlohn stieg zum 1. Januar auf 9,82 Euro pro Stunde.
- Der Steuerfreibetrag erhöht sich auf 9.984 Euro.
- Pflegebedürftige erhalten ab dem 1. Januar Zuschläge, um von den Zuzahlungen für die Pflege im Heim ent-

lastet zu werden. Im Bereich der Pflege sind ebenfalls weitere finanzielle Entlastungen geplant.

- 640.000 Haushalte bekommen ab dem 1. Januar mehr Wohngeld.
- Ab Juli können Beschäftigte ihre Krankschreibungen auch digital dem Arbeitgeber vorlegen.
- An Ladenkassen dürfen nun keine Plastiktüten mehr angeboten werden. Weiterhin gilt jetzt auch für Einwegflaschen und Getränkedosen Pfandpflicht.

Was ändert sich 2022 noch? [Erfahrt es hier](#).



ARBEITSSCHUTZ IN DER FLEISCHINDUSTRIE

Vor einem guten Jahr haben wir im Deutschen Bundestag das Arbeitsschutzkontrollgesetz beschlossen, um die Beschäftigten in der Fleischindustrie besser zu schützen.

Wir haben Werkverträge und Leiharbeit im Kernbereich der Fleischindustrie verboten, damit die Verantwortung für die Einhaltung des Arbeitsschutzes und die Zustände in den Fabriken nicht länger verwischt werden kann. Wir haben für einheitliche Kontrollstandards, eine Mindestbeurteilungssquote und höhere Bußgelder gesorgt und die elektronische und manipulationssichere Aufzeichnung der Arbeitszeit zur Pflicht gemacht. Und wir haben gesetzlich klargestellt, dass auch erforderliche Rüst-, Umkleide- und Waschzeiten zur Arbeitszeit gehören und bezahlt werden müssen.

Nun haben uns Berichte erreicht, dass Arbeitgeber in der Praxis versuchen, diese Regelung zu umgehen. Im Gesetz steht ganz klar, dass das Waschen vor oder nach Beendigung der Arbeit Arbeitszeit ist, wenn „das Waschen aus hygienischen oder gesundheitlichen Gründen notwendig ist“. Diese Definition versuchten nun einige Arbeitgeber so hinzudrehen, als wäre das Waschen bei einem Beschäf-

tigten nur dann in der Arbeitszeit erlaubt, wenn es der Bekämpfung von Krankheiten dient.

Es dürfte jeder und jedem klar sein, dass es einem Beschäftigten in der Fleischindustrie nicht zuzumuten ist, den Betrieb ungewaschen zu verlassen, wenn er infolge seiner Arbeit mit Tierblut oder sonstigen Bestandteilen des Schlachtgutes beschmiert ist. Dass versucht wird, diese notwendige Reinigung in die Freizeit des Beschäftigten zu schieben, zeigt, dass wir diese Branche zurecht besonders in die Pflicht nehmen. Hier wird von einigen jede Möglichkeit wahrgenommen, gesetzlich geregelte Bestandteile der Arbeitszeit auszuklammern und als angebliche Privatsache zum Nachteil der Beschäftigten auszuliegen.

Wir haben darauf gleich reagiert: Das Arbeitsministerium unter unserem Minister Hubertus Heil hat klargestellt, dass Waschzeiten auch dann Arbeitszeit sind, wenn sie notwendig für die Wiederherstellung des Zustands vor der Tätigkeitsaufnahme sind. Wir bleiben wachsam und unterbinden die Versuche von Arbeitgebern, die Beschäftigten der Fleischindustrie zu prellen.

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES „ARBEIT UND SOZIALES“: EINE TIMELINE



Die erste Sitzung der AG Arbeit und Soziales hat stattgefunden. Ich freue mich darauf, zusammen mit 10 neuen Teammitgliedern für eine bessere Arbeitswelt, mehr Mitbestimmung und einen besseren Sozialstaat zu kämpfen.




In einer geheimen Wahl wurde ich zum Vorsitzenden des Bundestags-Ausschusses Arbeit & Soziales gewählt. Wir haben in den nächsten vier Jahren viel vor. Und das muss uns zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger gelingen.




Der Umzug hat begonnen: Vom Otto-Wels-Haus Unter den Linden geht's ins Paul-Löbe-Haus. Ich freue mich auf die neue Arbeit als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales und werde den Ausblick hier vermissen.



In der ersten, dreistündigen Sitzung des Ausschusses diskutierten wir über Rente und Grundsicherung und wählten Axel Knoerig zum stellvertretenden Vorsitzenden. Gratulation! Wir werden gut zusammenarbeiten.

 Das Jahr 2022 wird arbeitsreich, intensiv und spannend: Ich freue mich auf die Arbeit als Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Soziales. [Zu all dem hat mich unlängst das Main-Echo befragt.](#) Und ich sage Danke für die vielfältige Unterstützung, interessanten Begegnungen und den Zuspruch zu meiner Arbeit.

 Schaut Euch auch gerne [das Video-Porträt vom Main-Echo](#) an! Wer ich bin, wofür ich arbeite und was mir wichtig ist, findet Ihr in diesem Video. Viel Spaß beim Anschauen!



Fahrzeuge im Wert von 961.150 Euro für die THW-Ortsverbände Karlstadt, Lohr, Alzenau und Aschaffenburg

BERND RÜTZEL
sozial - kompetent - nah

SPD
Soziale Politik für Dich

KLICK MICH!

NEUE FAHRZEUGE FÜR THW-ORTSVERBÄNDE

Eine sehr gute Ausstattung für unsere Hilfs- und Rettungskräfte ist das A und O, denn die vielen Menschen, die sich für die Sicherheit und Gesundheit anderer einsetzen, opfern nicht nur viel (Frei-)Zeit, sondern setzen sich häufig selbst Gefahren aus. Und es gehört auch zur Anerkennung für die Arbeit, die geleistet wird, mit der besten Ausrüstung ausgestattet zu werden.

Aus dem Fahrzeugbeschaffungsverband für das Technische Hilfswerk (THW) des Deutschen Bundestages erhalten die Ortsverbände in diesem Jahr rund 1000 neue Fahrzeuge im Wert von ca. 84 Mio. Euro. Auch die THW-Ortsverbände in Karlstadt, Lohr, Alzenau und Aschaffenburg profitieren.

Ich freue mich sehr, dass die Helferinnen und Helfer des

THW auch in unserer Region Verstärkung erhalten. Damit kann das THW seine umfangreichen und wichtigen Aufgaben künftig noch besser wahrnehmen. Das THW leistet einen ganz entscheidenden Beitrag zum Zivil- und Katastrophenschutz in unserem Land. Sei es bei der Bewältigung von Überschwemmungen und Hochwasserereignissen, von Waldbränden oder bei Bergungs- oder Rettungseinsätzen. Auch in der Corona-Pandemie wäre der schnelle Aufbau von Impfzentren ohne das THW vielerorts nicht zu stemmen gewesen. Hierfür meinen Dank und größten Respekt.



Zu meiner kompletten Pressemitteilung geht es mit Klick auf das Bild.



ÖPNV IM SINNGRUND

Auch zwischen den Jahren haben meine Aktivitäten nicht geruht: Neben jeder Menge Telefonate, E-Mails und Chats war ich beispielsweise mit Pamela Nembach, stellvertretende Landrätin in Main-Spessart, und den stellvertretenden Bürgermeistern von Mittelsinn, Dirk Schiefer, und von Burgsinn, Christian Gutermuth, im Sinngrund unterwegs, um über den ÖPNV vor Ort zu sprechen. Mir sind die Probleme wohlbekannt. Unzählige Gespräche und Runde Tische habe ich dazu schon hinter mir. Wir bleiben dran und kämpfen auf allen Ebenen für eine bessere Anbindung.



AUSTAUSCH ÜBER DAS SKZ

Ich habe mich u.a. mit Prof. Dr. Martin Bastian sowie MdL Volkmar Halbleib und MdB Markus Hümpfer zur Arbeit des SKZ mit Hauptsitz in Würzburg ausgetauscht. Beim SKZ dreht sich seit der Gründung im Jahr 1961 alles rund um das Thema Kunststoff und die damit verbundenen Aspekte Forschung, Beratung, Bildung und vieles mehr. 10.000 Fachkräfte werden im SKZ pro Jahr geschult und weitergebildet. Die Fachkräftegewinnung und die Finanzierung sind wichtige Themen. Vielen Dank für den interessanten Austausch!



50 JAHRE BETRIEBS- VERFASSUNGSGESETZ

Vor 50 Jahren wurde das Betriebsverfassungsgesetz ausgebaut - von Zugangsrechten für Gewerkschaften, über erweiterte Mitbestimmungsrechte und besseren Kündigungsschutz bis zu verstärkten Fortbildungsmöglichkeiten. Diese Arbeit setzen wir laufend fort: Gewerkschaften werden nun ein digitales Zugangsrecht in den Betrieb erhalten. Und wir werden dafür sorgen, dass Arbeitgeber, die die demokratische Mitbestimmung behindern, künftig besser verfolgt werden können.



Mein Video zum Thema könnt Ihr mit Klick auf das Bild anschauen.



© Büro Bernd Rützel



© Büro Bernd Rützel

EHRENRING FÜR IRMGARD PRÖSCHL

In der Jahresschlussitzung des Stadtrates wurde Irmgard Pröschl mit dem Ehrenring der Stadt Gemünden ausgezeichnet. Sie hat sich um die Stadt auf vielfältiger Weise sehr verdient gemacht. Irmgard leitete den SPD-Ortsverein, war Stadträtin und 3. Bürgermeisterin. Sie ist in Vereinen und Helfergruppen aktiv. Die Gemündener SPD gratuliert sehr herzlich. Unsere Glückwünsche gehen auch an Dr. Gerhard Köhler, der ebenfalls mit dem Ehrenring der Stadt ausgezeichnet wurde.



© Büro Bernd Rützel

WIE RAUS AUS DER NIEDRIGLOHNFALLE?

Im Deutschlandfunk diskutierte ich live zum Thema „Working Poor - Wie raus aus der Niedriglohnfalle?“.

In Deutschland arbeitet jeder fünfte abhängig Beschäftigte im Niedriglohnsektor. Besonders oft betroffen sind Frauen, junge Menschen, Ostdeutsche, Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund.

Wir beschäftigten uns in der Sendung mit der Frage, welche Wege aus dem Niedriglohn führen.

Die Gesprächsgäste waren neben mir:

- Holger Lengfeld, Soziologe und Mittelstandsforscher,
- Petra Vogel, Reinigungskraft und Betriebsratsvorsitzende und
- Holger Schäfer, Arbeitsmarktforscher am Institut der Deutschen Wirtschaft.



Den Beitrag findet Ihr mit Klick auf das Bild.

Hört gerne rein!



© VincentWeinbeer / Pixabay

MEINE MEINUNG ZUR: HOMEOFFICE-PFLICHT...

Bayerns Arbeitsministerin Trautner(CSU) hat sinngemäß gesagt, dass Homeoffice und mobile Arbeit in der aktuellen Situation ein richtiger und wichtiger Schritt sei, der helfe, unnötige Kontakte zu vermeiden. Sie lehnt aber einen Anspruch auf Homeoffice ab.

Ich finde das nicht zeitgemäß. Viele Menschen können so Job und Familie besser vereinbaren. Menschen sparen lange Pendelzeiten. Menschen fragen heute in Einstellungsgesprächen: „Wie halten Sie es mit der Möglichkeit

ein paar Tage von zu Hause aus zu arbeiten?“. Und übrigens: Niemand will eine Homeoffice-Pflicht, aber eine Homeoffice-Möglichkeit und Anspruch.

Zwei Jahre Großversuch Homeoffice hat gezeigt, dass es funktioniert. Wer aber in die Firma will, muss das können / dürfen. Hubertus Heil und die SOPOs (SozialpolitikerInnen) schaffen „moderne Regeln für mobiles Arbeiten in Deutschland“ und einen Rechtsanspruch auf Homeoffice. Dafür arbeite ich.



© Future Image/imago images

... UND ZUR HINZUVERDIENSTGRENZE

Das Nachrichtenportal t-online hat mich um eine Stellungnahme zur Hinzuverdienstgrenze bei vorzeitigem Rentenbezug gebeten.



Meine Einschätzung könnt Ihr mit Klick auf das Bild lesen.

GASTBEITRAG VON MDL MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-
-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische
Sprecherin der BayernSPD-
Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die neue SPD-geführte Bundesregierung bringt frischen Wind in die Energiepolitik. Bundesklimaschutzminister will den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv vorantreiben – allem voran die Windkraft. Das ist richtig und wichtig.

Gleichzeitig stellen die neuen Pläne des Bundes die Energiepolitik der Bayerischen Staatsregierung bloß. Denn die in Bayern geltende und von der SPD-Landtagsfraktion vielfach kritisierte 10H-Regel bremst die Windkraft schon seit langem aus. Sie schreibt vor, dass Windkraftanlagen einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zur nächstgelegenen Wohnbebauung haben müssen. Die Folgen dieser Regel sind fatal: Im vergangenen Jahr gingen in ganz Bayern gerade einmal acht neue Windräder ans Netz, während kein einziger neuer Genehmigungsantrag für eine neue Anlage gestellt wurde. Zum Vergleich: 2014 wurden 400 Anträge gestellt und 141 neue Anlagen installiert.

Dass diese Entwicklung nicht nur schlimme Folgen für das Klima, sondern auch für die Ökonomie mit sich zieht, erkannte inzwischen auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Sie fordert von der Staatsregierung ebenfalls die Abschaffung der 10H-Regel. Doch die CSU bleibt bei diesem Thema leider weiterhin stur. Gleichzeitig liefert Markus Söder keine vernünftige Erklärung, woher in Bay-



ern künftig sauberer Strom kommen soll. Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion nun eine Regierungserklärung zur wichtigen Frage der Energieversorgung Bayerns. Gleichzeitig können wir nur hoffen, dass der Deutsche Bundestag bald die 10H-Regel per Gesetzesbeschluss für ganz Deutschland abschafft.

Doch um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen, ist auch ein Umdenken vor Ort nötig. Schon lange fordert die SPD-Landtagsfraktion den Ausbau von Windkraftanlagen im Wald. Das habe ich als forstpolitische Sprecherin in meiner Rede im Landtag bereits im vergangenen Juli betont. Doch während im hessischen Spessart Planungen für Windkraftanlagen im Wald anlaufen, wurden im bayerischen Teil des Spessarts bisher alle Pläne für den Bau von Windrädern verworfen. Dagegen nimmt die kleine Gemeinde Eichenbühl bei Miltenberg eine Vorreiterrolle ein: Hier stehen bereits 14 Windräder. Die Gemeinde förderte deren Akzeptanz in der Bevölkerung durch einen breiten Bürgerdialog und durch finanzielle Beteiligung. Dies ist der richtige Weg, um die Energiewende vor Ort erfolgreich zu gestalten. Auf diesem Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Herzlichst

Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de